Ausstellung
Die österreichischen Staatsoberhäupter 1848 – 2023

Gastwirtschaft Rohrböck, 1040 Wien, Rilkeplatz 7, 4.10.2022 - Februar 2023

Kaiser

Franz Josef I. 2.12.1848 – Tod am 21.11.1916
Karl 21.11.1916 – Verzicht 11.11.1918

Präsidenten des Staatsrates von Deutsch-Österreich

Dr. Franz Dinghofer (großdeutsch GD)
Johann Hauser (christlichsozial CS)
Karl Seitz (sozialdemokratisch SD)
} 30.10.1918 – 4.3.1919

Präsident der Konstituierenden Nationalversammlung

Karl Seitz (SD) 15.3.1919 – 9.12.1920

Bundespräsidenten der Ersten Republik

Dr. Michael Hainisch (GD) 9.12.1920 – 10.12.1928
Wilhelm Miklas (CS) 10.12.1928 – 13.3.1938

Bundespräsidenten der Zweiten Republik

(bei Tod vor Ende der Funktionsperiode oder verzögerter Angelobung des Nachfolgers erfolgt die Amtsausübung durch den Bundeskanzler oder ab 1977 durch die drei Präsidenten des Nationalrats).

Dr. Karl Renner (SPÖ) 20.12.1945 – Tod am 31.12.1950
Theodor Körner (SPÖ) 21.6.1951 – Tod am 4.1.1957
Dr. Adolf Schärf (SPÖ) 22.5.1957 – Tod am 28.2.1965
Franz Jonas (SPÖ) 9.6.1965 – Tod am 24.4.1974
Dr. Rudolf Kirchschläger (SPÖ) 8.7.1974 – 8.7.1986
Dr. Kurt Waldheim (ÖVP) 8.7.1986 – 8.7.1992
Dr. Thomas Klestil (ÖVP) 8.7.1992 – Tod am 6.7.2004
Dr. Heinz Fischer (SPÖ) 8.7.2004 – 8.7.2016
Dr. Alexander Van der Bellen (unabhängig) 26.1.2017 – heute

Von der Monarchie zur Republik 1918

Am 9. 10. wählte Österreich wieder einmal seinen Bundespräsidenten. Dieser Vorgang ist erst 71 Jahre alt. Bis zum Ende der Monarchie 1918 war die Funktion des Staatsoberhauptes durch Erbfolge bestimmt: der nächste männliche Verwandte des Monarchen folgte auf dem Thron ohne Formalakt. Der Weg von der Monarchie zur Republik vollzog sich Ende 1918 binnen 20 Tagen. Die Abgeordneten der deutschsprachigen Gebiete inklusive Südtirols und der Ränder Böhmens und Mährens, aber noch nicht des späteren Burgenlandes, traten am 21. 10. als „Provisorische Nationalversammlung“ in Wien zusammen. Am 28. 10. wurde in Prag die Tschechoslowakei ausgerufen, am 29. in Zagreb der Staat der Slowenen, Kroaten und Serben, am 31. kündigte Ungarn die Union mit Österreich.

.„Provisorien“ von 30. 10. 1918 bis 10.11.1920

Am 30. 10. proklamierte diese „Provisorische Nationalversammlung“ einen eigenen Staat: Deutschösterreich, setzte einen Staatsrat ein und betraute dessen drei Präsidenten Franz Dinghofer (Großdeutsch), Johann Nepomuk Hauser (Christlichsozial) und Karl Seitz (Sozialdemokratie) mit den Aufgaben eines Staatsoberhauptes. Nachdem Kaiser Karl am 11. November auf seinen Anteil an den Regierungsgeschäften verzichtet hatte, wurde am 12. 11. 1918 Österreich als Republik ausgerufen. Eine am 16. 2. 1919 gewählten „Konstituierenden Nationalversammlung“ verabschiedete eine „Provisorische Verfassung“, in der sie dem Nationalversammlungs-Präsidenten Karl Seitz bis zum Inkrafttreten einer endgültigen Verfassung auch die Aufgaben eines Staatsoberhauptes übertrug. Die endgültige Verfassung trat im November 1920 in Kraft.

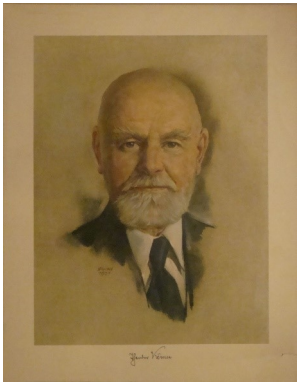
Parlamentswahl oder Volkswahl 1920 - 1935

Diese sah nun einen Nationalrat und Bundesrat vor, die als „Bundesversammlung“ gemeinsam den Bundespräsidenten auf 4 Jahre wählen sollten. 1920 war dies Dr. Michael Hainisch Großdeutsch). Nach Änderung der Verfassung 1929 sollte der Bundespräsident nun in einer Volkswahl auf sechs Jahre gewählt werden. Die für 1931 vorgesehene erste solche Wahl, wurde aber wegen der schwierigen wirtschaftlichen Lage und zunehmenden nationalsozialistischen Bedrohung wieder durch die Bundesversammlung aber nur für vier Jahre durchgeführt. Die neue Verfassung des Ständestaates von 1934 sah eine Wahl des Bundespräsidenten durch alle Bürgermeister Österreichs aus einem Dreiervorschlag der Bundesversammlung vor. Dazu ist es nie gekommen. Der seit 1928 amtierende Bundespräsident Wilhelm Miklas (Christlichsozial) blieb bis zum 13 .3. 1938 einfach weiter im Amt.

Volkswahl als Norm 1945 bis heute

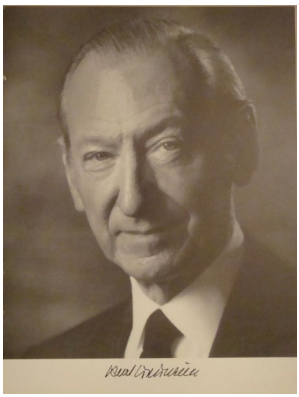
Nach dem Einmarsch der Deutschen Wehrmacht am 13. 3. 1938 trat Bundespräsident Miklas zurück, mit der Auflösung Österreichs wurde das Amt obsolet.

Nach dem Wiedererstehen Österreichs am 27. 4. 1945 knüpften ÖVP und SPÖ an die Verfassung von 1929 an, die ja eine Volkswahl des Bundespräsidenten vorsah. Aber wie schon 1931 einigten sich ÖVP und SPÖ der schwierigen wirtschaftlichen und politischen Situation wegen auf eine Wahl durch die Bundesversammlung, umso mehr, als sie sich auch schon auf Dr. Karl Renner geeinigt hatten und keinen Wahlkampf führen wollten. Renner (SPÖ) wurde am 20.12.1945 gewählt. Nach dem Tod Renners folgte 1951 erstmals eine Volkswahl für sechs Jahre, aus der Theodor Körner als Sieger hervorging. Von 1919 – 2022 gab es 12 Amtsinhaber.



Theodor Körner
1951 – 1957

Franz Jonas
1965 – 1974

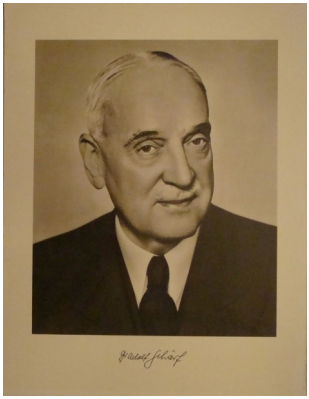


Dr. Kurt Waldheim
1986 – 1992

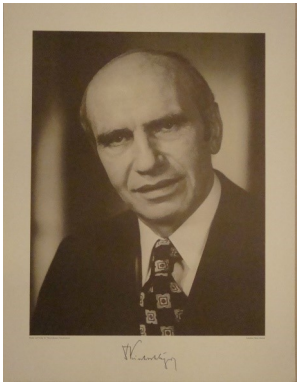
Aus der Schule …

… sind uns diese Bilder wohlbekannt. Doch die Anbringung in den Klassenzimmern und auch in vielen Amtsräumen erfolgte bloß aus Tradition, entsprechend den früheren Kaiserbildern.

Obwohl es bereits vom 1957 verstorbenen Bundespräsidenten Körner ein „Klassenzimmer und Amts - Portrait“ gab, normierte erstmalig das Pflichtschulerhaltungs-Grundgesetz von 1963, dass als staatliche Symbole jedenfalls in **jedem Klassenraum das Bundeswappen** und **in jeder Schule ein Bild des Bundespräsidenten** anzubringen sei. Vom Bundespräsidenten in jeder Klasse war keine Rede. Für die Bilder in Ämtern gibt es bis heute keine rechtliche Verpflichtung. Allerdings schreiben manche Landesgesetze die Präsenz von Bildern des Landeshauptmanns bzw der Landeshauptfrau vor.



Dr. Adolf Schärf
1957 – 1965



Dr. Rudolf Kirchschläger
1974 – 1986

Dr. Thomas Klestil
1992 – 2004

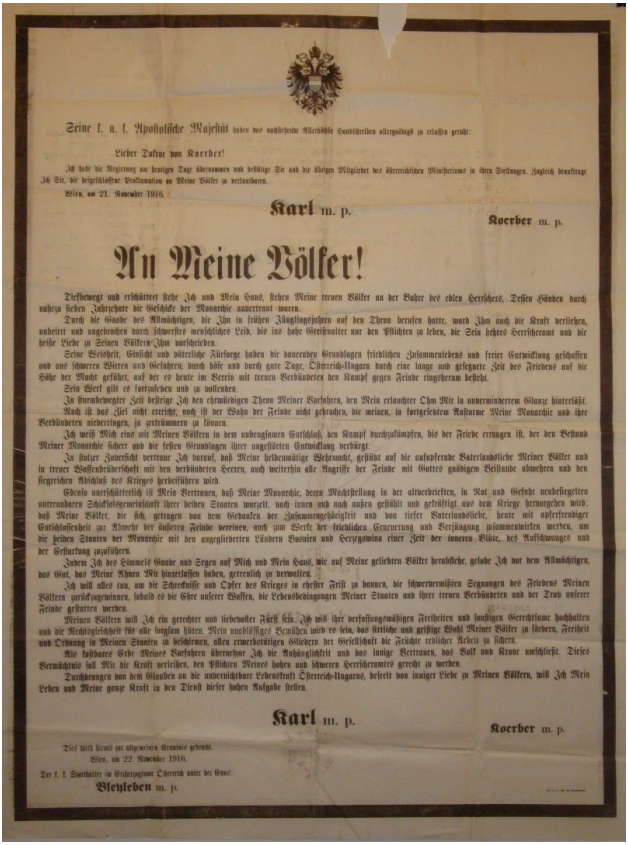
Wir Ferdinand der Erste,

von Gottes Gnaden Kaiser von Oesterreich; König von Hungarn und Böhmen, dieses Namens der Fünfte, König der Lombardei und Venedig, von Dalmatien, Croatien, Slavonien, Galizien, Lodomerien und Illirien; König von Jerusalem ꝛc. Erzherzog von Oesterreich, Großherzog von Toskana, Herzog von Lothringen, von Salzburg, Steier, Kärnten, Krain, Großfürst von Siebenbürgen, Markgraf von Mähren, Herzog von Ober- und Nieder-Schlesien, von Modena, Parma, Piacenza und Guastalla, von Auschwitz und Zator, von Teschen, Friaul, Ragusa und Zara; gefürsteter Graf von Habsburg, von Tirol, von Kyburg, Görz und Gradiska; Fürst von Trient und Brixen; Markgraf der Ober- und Nieder-Lausitz und in Istrien; Graf von Hohenembs, Feldkirch, Bregenz, Sonnenberg ꝛc.; Herr von Triest, von Cattaro und auf der windischen Mark.

Wir thun nach vorangegangener reiflicher Überlegung, Unserer Krone Heil und Wohl, so wie es Gott gefällig erscheint, und Unserer Pflicht angemessen zu erachten, hiermit kund und zu wissen, daß Wir Unsere Entschlüsse, Unsere Rechte und Ansprüche auf die Regierung Unserer Erbreiche und Länder, wie auch auf die Kaiserwürde, Unseren Nachkommen, Unseren Erben und Nachfolgern, Unserer Familie, Unserem Hause und Stamme, in dem Sinne und Umfange, wie es unser Wille ist, und wie es Unserer Familienverfassung, Unserer Hausordnung und Unserer Familienverträge gemäß ist, und wie es Unsere Nachkommen, Unsere Erben und Nachfolger, Unsere Familie, Unser Haus und Stamm, Unsere Familienverträge und Familienverfassung, Unsere Hausordnung und Familienverträge

Erbfolge in der Monarchie durch Tod

Kundmachung Kaiser Karls vom Tod Kaiser Franz Josephs am 21.11.1916 sowie seiner eigenen Thronbesteigung. Die Thronfolge des nächsten männlichen Verwandten erfolgte sowohl nach Verzicht als auch Tod sofort: „Der König ist tot, es lebe der König“. Formalakte wie Krönung und Eidesleistung waren nicht Voraussetzung für die Nachfolge. [3168]



Seine k. u. k. Apostolische Majestät haben das nachstehende Allerhöchste Handschreiben allergnädigst zu erlassen geruht:

Lieber Doktor von Koerber!

Ich habe die Regierung am heutigen Tage übernommen und bestätige Sie und die übrigen Mitglieder des österreichischen Ministeriums in Ihren Stellungen. Zugleich beauftrage Ich Sie, die beigeschlossene Proklamation an Meine Völker zu verlautbaren.

Wien, am 21. November 1916.

Karl m. p. **Koerber** m. p.

An Meine Völker!

Tiefbewegt und erschüttert stehe Ich und Mein Haus, stehen Meine treuen Völker an der Bahre des edlen Herrschers, Dessen Händen durch nahezu sieben Jahrzehnte die Geschicke der Monarchie anvertraut waren.

Durch die Gnade des Allmächtigen, die Ihn in frühen Jünglingsjahren auf den Thron berufen hatte, ward Ihm auch die Kraft verliehen, unbeirrt und ungebrochen durch schwerste menschliches Leid, bis ins hohe Greisenalter nur den Pflichten zu leben, die Sein hehres Herrscheramt und die heiße Liebe zu Seinen Völkern Ihm vorschrieben.

Seine Weisheit, Gerechtigkeit und väterliche Fürsorge haben die dauernden Grundlagen friedlichen Zusammenlebens und freier Entwicklung geschaffen und aus schweren Wirren und Geschehnissen, durch böse und durch gute Tage, Österreich-Ungarn durch eine lange und gesegnete Zeit des Friedens auf die Höhe der Macht geführt, auf der es heute im Verein mit treuen Verbündeten den Kampf gegen Feinde ringsherum bestehet.

Sein Werk gilt es fortzusetzen und zu vollenden.

In durchbewegter Zeit bestiegen Ich den ehrwürdigen Thron Meiner Vorfahren, den Mein erlauchter Ohm Mir in unvermindertem Glanze hinterläßt.

Noch ist das Ziel nicht erreicht, noch ist der Wahn der Feinde nicht gebrochen, die meinen, in fortgesetzten Anstürmen Meine Monarchie und ihre Verbündeten niederringen, zu zertrümmern zu können.

Ich weiß Mich eins mit Meinen Völkern in dem unbeugsamen Entschluß, den Kampf durchzukämpfen, bis der Friede errungen ist, der den Bestand Meiner Monarchie sichert und die festen Grundlagen ihrer ungestörten Entwicklung verbürgt.

In stolzer Zuversicht vertraue Ich darauf, daß Meine heldenmütige Wehrmacht, gestützt auf die aufopfernde Vaterlandsliebe Meiner Völker und in treuer Waffenbrüderschaft mit den verbündeten Heeren, auch weiterhin alle Angriffe der Feinde mit Gottes gnädigem Beistande abwehren und den siegreichen Abschluß des Krieges herbeiführen wird.

Gewiß unerschütterlich ist Mein Vertrauen, daß Meine Monarchie, deren Machtstellung in der altverbrieften, in Ruf und Gefahr neubesiegelten untrennbaren Schicksalsgemeinschaft ihrer beiden Staaten wurzelt, nach innen und nach außen gestählt und gekräftigt aus dem Kriege hervorgehen wird, daß Meine Völker, die sich, getragen von dem Gedanken der Zusammengehörigkeit und von tiefer Vaterlandsliebe, heute mit aufopfernder Gutshlossenheit zur Abwehr der äußeren Feinde vereinen, auch zum Werke der friedlichen Erneuerung und Verjüngung zusammenwirken werden, um die beiden Staaten der Monarchie mit den angegliederten Ländern Bosnien und Herzegowina einer Zeit der inneren Blüte, des Aufschwunges und der Erstarkung zuzuführen.

Indem Ich des Himmels Gnade und Segen auf Mich und Mein Haus, wie auf Meine geliebten Völker herabflehe, gelobe Ich vor dem Allmächtigen, das Gut, das Meine Ahnen Mir hinterlassen haben, getreulich zu verwalten.

Ich will alles tun, um die Schrecknisse und Opfer des Krieges in kürzester Frist zu bannen, die schwerwiegenden Segnungen des Friedens Meinen Völkern zurückgewinnen, sobald es die Ehre unserer Waffen, die Lebensbedingungen Meiner Staaten und ihrer treuen Verbündeten und der Trotz unserer Feinde gestatten werden.

Meinen Völkern will Ich ein gerechter und liebevoller Fürst sein. Ich will ihre verfassungsmäßigen Freiheiten und jenigen Gerechtsame hochhalten und die Rechtsgleichheit für alle longsam hüten. Mein unablässiges Bemühen wird es sein, das sittliche und geistige Wohl Meiner Völker zu fördern, Freiheit und Ordnung in Meinen Staaten zu beschirmen, allen erwerbstätigen Gliedern der Gesellschaft die Früchte redlicher Arbeit zu sichern.

Als kostbarste Erbe Meiner Vorfahren übernehme Ich die Anhänglichkeit und das innige Vertrauen, das Volk und Krone unablässig. Dieses Vermächtnis soll Mir die Kraft verleihen, den Pflichten Meines hohen und schweren Herrscheramtes gerecht zu werden.

Durchdrungen von dem Glauben an die unverletzbare Lebenskraft Österreich-Ungarns, befeste von inniger Liebe zu Meinen Völkern, will Ich Mein Leben und Meine ganze Kraft in den Dienst dieser hohen Aufgabe stellen.

Karl m. p. **Koerber** m. p.

Dies wird hiemit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Wien, am 22. November 1916.

Der k. k. Statthalter in Niederösterreich unter der Enns:

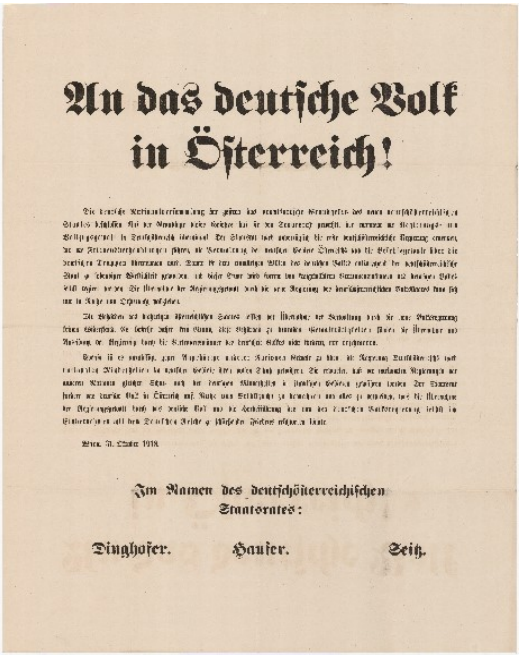
Bleyleben m. p.

Franz Windhager: Kaiser Karl, ohne Text, 1918

Das Plakat zeigt den letzten österreichischen Kaiser im Stil einer „Schutzmantel-Madonna“. Karl, Großneffe und im November 1916 Nachfolger Kaiser Franz Josefs, erfuhr keine Vorbereitung auf dieses Amt. Von den Leiden der Soldaten und seines Volkes erschüttert, bemühte sich Karl redlich, wenn auch politisch unglücklich und erfolglos, den Krieg zu beenden. Nach seinem Regierungsverzicht am 11. November 1918 verließ er Österreich im März 1919. Nach dem Scheitern zweier Restaurationsversuche in Ungarn wurde er von den Siegermächten des Ersten Weltkrieges auf die portugiesische Atlantikinsel Madeira verbannt und verstarb dort 1922 in bescheidenen Verhältnissen. [336]

An das deutsche Volk in Österreich, 1918

Aufgrund der verzweifelten Situation nach 4 Jahren Krieg rief Kaiser Karl am 16.10.1918 die Völker der österreichischen Reichshälfte auf, durch Nationalräte an der Neugestaltung des Staates mitzuwirken. Die Abgeordneten der deutschsprachigen Gebiete der Monarchie traten am 21.10.1918 zusammen, um die Zukunft der österreichischen Länder zu beraten. Am 30.10. wurde ein Staatsrat eingesetzt, der, wie dessen Präsidenten Dinghofer (Großdeutscher), Hauser (Christlichsozialer) und Seitz (Sozialdemokrat) auf dem Plakat mitteilen, die Staatsgewalt in einem neuen Staat Deutschösterreich übernommen hat. Der 30.10. ist daher der Gründungstag des neuen österreichischen Staates, wenngleich es über seine Staatsform – Republik oder Monarchie – noch keine Entscheidung gab. [566]

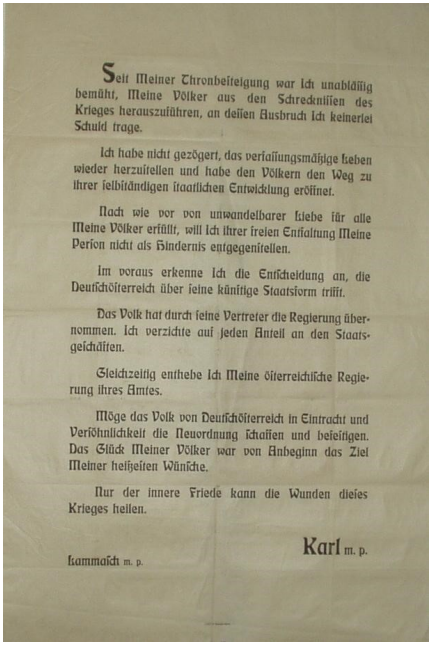


An das deutsche Volk in Österreich!

Wien, 30. Oktober 1918.

Im Namen des deutschösterreichischen Staatsrates:

Dinghofer. Hauser. Seitz.



Seit Meiner Thronbesteigung war Ich unablässig bemüht, Meine Völker aus den Schrecknissen des Krieges herauszuführen, an dessen Ausbruch Ich keinerlei Schuld trage.

Ich habe nicht gezögert, das verfassungsmäßige Leben wieder herzustellen und habe den Völkern den Weg zu ihrer selbständigen staatlichen Entwicklung eröffnet.

Nach wie vor von unwandelbarer Liebe für alle Meine Völker erfüllt, will Ich ihrer freien Entfaltung Meine Person nicht als Hindernis entgegenstellen.

Im voraus erkenne Ich die Entscheidung an, die Deutschösterreich über seine künftige Staatsform trifft.

Das Volk hat durch seine Vertreter die Regierung übernommen. Ich verzichte auf jeden Anteil an den Staatsgeschäften.

Gleichzeitig enthebe Ich Meine österreichische Regierung ihres Amtes.

Möge das Volk von Deutschösterreich in Eintracht und Versöhnlichkeit die Neuordnung schaffen und befestigen. Das Glück Meiner Völker war von Anbeginn das Ziel Meiner heißesten Wünsche.

Nur der innere Friede kann die Wunden dieses Krieges heilen.

Karl m. p.

Lammasch m. p.

Verzichtserklärung Kaiser Karls, 1918

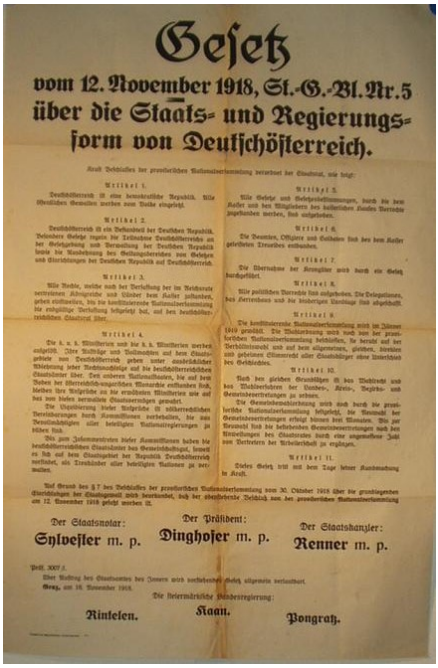
Am 11.11.1918 unterzeichnete Kaiser Karl auf Druck der neuen deutschösterreichischen Regierung seinen „Verzicht auf jeden Anteil an den Staatsgeschäften“ und enthob seine Regierung ihres Amtes. Das veröffentlichte Manifest war nicht datiert, weder mit dem Doppeladler geschmückt noch trug es die übliche Anrede „An meine Völker“. Es handelte sich nicht um eine formelle Abdankung, aber Karl anerkannte im Voraus die Entscheidung, die Deutschösterreich über seine künftige Staatsform treffen sollte. Daran änderte es nichts, dass Karl vor seiner Ausreise aus Österreich in die Schweiz 1919 die Verzichtserklärung am Bahnhof von Feldkirch widerrief. Nach 640 Jahren ununterbrochener Herrschaft waren die Habsburger Geschichte. [564]

Gesetz vom 12. November 1918 über die Staats- und Regierungsform von Deutschösterreich, 1918

Dieses Gesetz der „Provisorischen Nationalversammlung“ nach dem Verzicht Kaiser Karls begründete die Republik (Deutsch)Österreich. [85]

Grundprinzipien:

- Staatsform demokratische Republik
- Anschluss an die deutsche Republik
- rasche Wahl einer konstituierenden Nationalversammlung
- Wahlordnung:
  Verhältniswahl, allgemeines, gleiches, direktes und geheimes Stimmrecht aller Staatsbürger ohne Unterschied des Geschlechtes (erstmalig Frauenwahlrecht).



Gesetz
vom 12. November 1918, St.-G.-Bl. Nr. 5
über die Staats- und Regierungsform von Deutschösterreich.

Der Staatskanzler: Renner m. p.

Der Staatssekretär: Sylvester m. p.

Der Präsident: Dinghofer m. p.

Die freiermählte Bundesregierung:

Rinkelen. Raan. Pongratz.

Anonym: Die Präsidenten der Republik, 1951

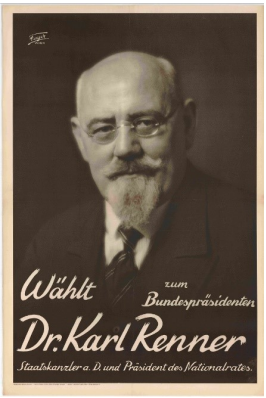
Interessant auf dem Wahlplakat der SPÖ für Theodor Körner ist die Darstellung der Präsidenten der Ersten Republik und Karl Renners. Da diese durch die Bundesversammlung gewählt wurden, gibt es keine Wahlplakate. Körner wurde in eine Reihe mit den aus SPÖ-Sicht untadeligen Präsidenten Seitz, Hainisch und Renner gestellt.

Karl Seitz (1869-1950) war von 1918 bis zu deren Verbot 1934 Vorsitzender der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Die Funktion des Staatsoberhauptes nahm er 1918 als einer der drei Präsidenten des Staatsrates von Deutsch-Österreich und ab 1919 bis 1920 als Präsident der „Konstituierenden Nationalversammlung“ wahr. 1920 Zweiter Nationalratspräsident, 1923 - 1934 Wiener Bürgermeister, 1934 als Bürgermeister abgelöst und für ein halbes Jahr verhaftet, 1944 in das KZ Ravensbrück eingeliefert. Ab 1945 Ehrenvorsitzender der SPÖ, aber keine politische Funktion mehr.

Dr. Michael Hainisch (1858-1940). Der großdeutsche Gutsbesitzer und Sohn der Frauenrechtlerin Marianne Hainisch wurde nach Inkrafttreten der Verfassung von der Bundesversammlung 1920 gegen Karl Seitz zum Bundespräsidenten gewählt. Die Wiederwahl des persönlich von allen politischen Lagern geschätzten Hainisch erfolgte 1924 einstimmig, wenn auch bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten.

Wilhelm Miklas (1872-1956), streng katholischer und habsburg-treuer Gymnasialdirektor in Horn war christlichsozialer Abgeordneter im k.k. Reichsrat. Ursprünglich gegen den Wechsel von der Monarchie zur Republik sprach er sich auch immer gegen einen Anschluss an das Deutsche Reich aus. Von 1923-1928 Nationalratspräsident. 1928 gegen Karl Seitz und den Wiener Polizeipräsidenten Johannes Schober von der Bundesversammlung zum Bundespräsidenten gewählt, im letzten Wahlgang bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten, die Schober unbedingt verhindern wollten.
Trotz Inkrafttretens der neuen Verfassung 1929 wurde Miklas 1931 anstatt durch das Volk wieder durch die Bundesversammlung auf vier Jahre gewählt. Der dem autoritären Kanzler Dollfuß ergebene Miklas blieb während der Staatskrise 1933 und des Bürgerkriegs 1934 untätig. Er wollte die im Februar 1934 zum Tode verurteilten Aufständischen des Republikanischen Schutzbundes begnadigen, erhielt aber keinen verfassungsrechtlich notwendigen Vorschlag von Justizminister Schuschnigg. Miklas lehnte als Katholik die Gewaltausübung der Regierung zwar ab, akzeptierte aber die diktatorische Verfassung von 1934. Statt sich 1935 einer Neuwahl (nach der Verfassung 1934 durch die Bürgermeister) zu stellen, blieb er im Einverständnis mit der Regierung einfach bis 1938 im Amt. Er weigerte sich am 13. März 1938 das „Gesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich“ zu unterschreiben, was man ihm aber nach 1945 kaum positiv anrechnete. Auf dem Plakat der SPÖ erscheint Miklas‘ Gesicht verschattet. [1273]

Anonym: Wählt Dr. Karl Renner, 1931

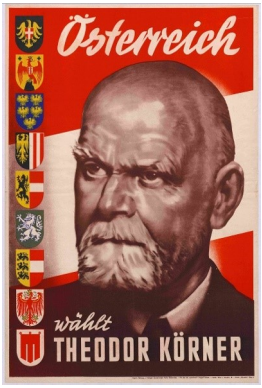


Die Verfassung von 1929 sah eine Bundespräsidenten-Volkswahl vor, die erstmals 1931 stattfinden hätte sollen. Die Sozialdemokraten nominierten den gemäßigten Dr. Karl Renner. Für ihn wurden bereits Plakate gedruckt. Aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Lage und der Radikalisierung durch die Nationalsozialisten einigten sich die Parteien aber, diese Wahl nochmals durch die Bundesversammlung durchführen zu lassen. Das Plakat wurde nie affichiert. Wie 1928 siegte der christlichsoziale Miklas. Renner blieb Erster Nationalratspräsident, trat 1933 wie auch seine beiden Stellvertreter aus abstimmungstaktischen Gründen zurück und löste dadurch eine Krise aus, die von Kanzler Dollfuß zur Ausschaltung des Parlaments genützt wurde. 1938 begrüßte Renner den Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich. [831]

Anonym: Karl Renner – ein Bauernsohn und Sozialist, 1955

Dr. Karl Renner (1870-1950), aus ärmlichsten bäuerlichen Verhältnissen in Südmähren zum k.k. Reichsratsabgeordneten der Sozialdemokraten aufgestiegen, wurde 1918 von der „Proviso-rischen Nationalversammlung“ zum ersten Kanzler der Republik gewählt. Ab 1920 in Opposition, ab 1930 Nationalratspräsident.

Obwohl Renner 1938 den Anschluss an Deutschland begrüßt hatte, wurde seine Regierungsbildung im Mai 1945 von Stalin persönlich unterstützt. Die ÖVP gewann die Nationalratswahlen im Herbst 1945 wodurch Renner als Kanzler abgelöst wurde. Einvernehmlich wurde er am selben Tag wieder von der Bundesversammlung zum Bundespräsidenten gewählt. Die ÖVP feierte 1955 den Staatsvertragsabschluss als Erfolg ihres Kanzlers Julius Raab und Außenministers Leopold Figl. Dagegen wies die SPÖ in einer Imagekampagne auf die Rolle des Sozialdemokraten Karl Renner bei Gründung der Ersten und Zweiten Republik hin. Karl Renner war zu dem Zeitpunkt schon fünf Jahre tot. Im Gegensatz zum prinzipientreuen Karl Seitz galt Renner als sehr anpassungsfähig, hatte aber unbestritten hohe Verdienste um die Gründung der Ersten und Zweiten Republik. Er ließ sich nicht von Stalin, wie von diesem erwartet, als Steigbügelhalter zur Bildung einer Volksdemokratie missbrauchen. [1077]



Oben anonym, unten Victor Slama: Theodor Körner, 1951

Nach dem Tod Renners nominierte die SPÖ den Wiener Bürgermeister **Theodor Körner** (Edler von Siegringen, 1873-1957) für die Bundespräsidentenwahl. Als k.u.k. Oberst und Generalstabschef der Isonzo-Armee 1918 in die Volkswehr übernommen, 1924 unter Beförderung zum General frühzeitig pensioniert. Er schloss sich den Sozialdemokraten an, wurde Mitglied des Bundesrates und Berater der Parteitruppe „Republikanischer Schutzbund“. 1934 und 1944 kurzzeitig inhaftiert. 1945 von SPÖ, ÖVP und KPÖ einstimmig zum Wiener Bürgermeister gewählt. Körner gewann 1951 überraschend die Stichwahl gegen den ÖVP-Kandidaten Heinrich Gleißner mit 52,06%. Als die ÖVP 1953 eine Koalition mit dem hauptsächlich von ehemaligen Nationalsozialisten gewählten „Verband der Unabhängigen“ (VdU) eingehen wollte, verweigerte er seine Zustimmung. [1025, 1789]

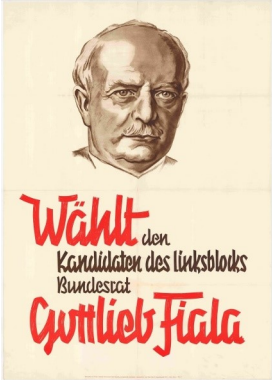
Paul Aigner: Wählt Gleißner! 1951

Die ÖVP stellte zur ersten Bundespräsidenten-Volkswahl 1951 den oberösterreichischen Landeshauptmann **Dr. Heinrich Gleißner** (1893-1984) auf. Vor dem Anschluss an das Deutsche Reich war er im autoritären Regime Dollfuß Staatssekretär und ab 1934 Landeshauptmann von Oberösterreich. 1938 zuerst KZ-Haft, danach Zwangsarbeit in Berlin. 1945 wieder Landeshauptmann von Oberösterreich. Bei der Bundespräsidentenwahl lag Gleißner im ersten Wahlgang mit 40,14% knapp vor Körner, verlor aber die Stichwahl mit 47,94%. Er blieb bis 1971 Landeshauptmann – mit der bis heute längsten Amtszeit. Unter Gleißner wandelte sich das Agrarland Oberösterreich zum Industriestandort. [2166]

R. Kiesel: Wählt überparteilich Burghard Breitner, 1951

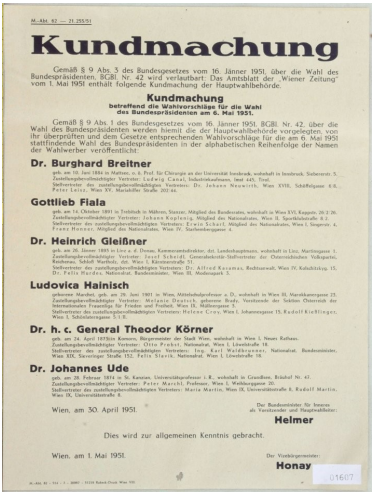
Der Chirurg **Dr. Burghard Breitner** (1884-1956) geriet beim Russlandfeldzug 1914 in Gefangenschaft und wirkte in einem Kriegsgefangenenlager nördlich von Wladiwostok als Lagerarzt. Er erwarb sich den Ruf eines „Engels von Sibirien“. 1920 kehrte er nach Österreich zurück, trat 1932 in die NSDAP ein und wurde 1940 mit der Durchführung von Zwangssterilisierungen der Innsbrucker Universitätsklinik beauftragt. Für die Bundespräsidentenwahl 1951 wurde Breitner vom VdU (Verband der Unabhängigen) nominiert und erreichte mit 15% der Stimmen den dritten Platz hinter Gleißner und Körner. 1952/53 war Breitner Rektor der Universität Innsbruck. [Österreichische Nationalbibliothek]

Anonym: Wählt Gottlieb Fiala, 1951



Gottlieb Fiala (1891-1970) geriet 1915 in russische Kriegsgefangenschaft und wurde dort Kommunist. Nach der Rückkehr beteiligte er sich 1918 an der Gründung der KPÖ. Nach dem Verbot der Partei 1934 in der illegalen Gewerkschaftsbewegung aktiv. 1945 einer der Gründer des österreichischen Gewerkschaftsbundes und dessen Vizepräsident. Schon bei den Nationalratswahlen 1945 erlangte die KPÖ nur 5,4 % der Stimmen und blieb weit hinter ihren Erwartungen. Die Kandidatur Fialas bei den Bundespräsidentenwahlen brachte der Partei auch nur 5 %. Bis 1954 war Fiala noch Mitglied des Bundesrates, dann schied er aus der Politik aus. [2011]

Kundmachung betreffend die Wahlvorschläge für die Wahl des Bundespräsidenten, 1951



M.-Abl. 82 — 21.255/51

Kundmachung

Gemäß § 9 Abs. 5 des Bundesgesetzes vom 16. Jänner 1951, über die Wahl des Bundespräsidenten, BGBl. Nr. 42 wird verlautbart: Das Amtsblatt der „Wiener Zeitung“ vom 1. Mai 1951 enthält folgende Kundmachung der Hauptwahlbehörde.

Kundmachung
betreffend die Wahlvorschläge für die Wahl des Bundespräsidenten am 6. Mai 1951.

Gemäß § 9 Abs. 1 des Bundesgesetzes vom 16. Jänner 1951, BGBl. Nr. 42, über die Wahl des Bundespräsidenten werden hiemit die der Hauptwahlbehörde vorgelegten, von ihr überprüften und dem Gesetze entsprechenden Wahlvorschläge für die am 6. Mai 1951 stattfindende Wahl des Bundespräsidenten in der alphabetischen Reihenfolge der Namen der Wahlwerber veröffentlicht:

Dr. Burghard Breitner
geb. am 19. Juli 1884 in Mattsee, o. ö. Prof. für Chirurgie an der Universität Innsbruck, wohnhaft in Innbruck, Siebererstr. 5.
Zustellungsbevollmächtigter Vertreter: Ludwig Canal, Industriekaufmann, Imst 445, Tirol.
Stellvertreter des zustellungsbevollmächtigten Vertreters: Dr. Johann Neuwirth, Wien XVIII, Schäffleigasse 6/8., Peter Leitz, Wien XV, Mariahilfer Straße 202/4a.

Gottlieb Fiala
geb. am 14. Oktober 1891 in Trebitsch in Mähren, Steiner, Mitglied des Bundesrates, wohnhaft in Wien XVII, Koppstr. 20-2/26.
Zustellungsbevollmächtigter Vertreter: Johann Kraßnig, Mitglied des Nationalrates, Wien II, Sperlbreitstraße 8/2.
Stellvertreter des zustellungsbevollmächtigten Vertreters: Erwin Scharf, Mitglied des Nationalrates, Wien I, Singerstr. 4, Franz Honner, Mitglied des Nationalrates, Wien IV, Saxenbergasse 4.

Dr. Heinrich Gleißner
geb. am 29. Januar 1905 in Linz a. d. Donau, Kammersinnbeamter, dzt. Landeshauptmann, wohnhaft in Linz, Martinsgasse 3.
Zustellungsbevollmächtigter Vertreter: Franz Ruhsam, Generalsekretär-Stellvertreter der Österreichischen Volkspartei, Redakteur, Sebald Warbeck, dzt. Wien I, Karntnerstraße 3.
Stellvertreter des zustellungsbevollmächtigten Vertreters: Dr. Alfred Kovarnus, Rechtsanwalt, Wien IV, Kolschitzkyg. 15, Dr. Felix Marden, Nationalrat, Bundesminister, Wien III, Neulinggasse 5.

Ludovica Hainisch
geborene Marchet, geb. am 29. Juni 1901 in Wien, Mittelschulprofessor a. D., wohnhaft in Wien III, Marokkanergasse 23.
Zustellungsbevollmächtigter Vertreter: Melanie Deutsch, geborene Brod, Vorsitzende der Sektion Österreich der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit, Wien IX, Hörlbergasse 3.
Stellvertreter des zustellungsbevollmächtigten Vertreters: Helene Cron, Wien I, Johannesgasse 15, Rudolf Kielbinger, Wien I, Schottenbastei 5/6.

Dr. h. c. General Theodor Körner
geb. am 24. April 1873 in Komorn, Bürgermeister der Stadt Wien, wohnhaft in Wien I, Neues Rathaus.
Zustellungsbevollmächtigter Vertreter: Otto Probst, Nationalrat, Wien I, Löwelstraße 18.
Stellvertreter des zustellungsbevollmächtigten Vertreters: Ing. Karl Waldbrunner, Nationalrat, Bundesminister, Wien XIX, Sieveringer Straße 152, Felix Slavik, Nationalrat, Wien I, Löwelstraße 18.

Dr. Johannes Ude
geb. am 28. Februar 1874 in St. Kanzian, Universitätsprofessor i. R., wohnhaft in Grundlsee, Brändhof Nr. 47.
Zustellungsbevollmächtigter Vertreter: Peter Marchl, Professor, Wien I, Wallfischgasse 20.
Stellvertreter des zustellungsbevollmächtigten Vertreters: Maria Martin, Wien IX, Universitätsstraße 8, Rudolf Martin, Wien IX, Universitätsstraße 8.

Wien, am 30. April 1951.

Der Bundesminister für Inneres
als Vorsitzender und Hauptwahlleiter:
Helmer

Dies wird zur allgemeinen Kenntnis gebracht.

Wien, am 1. Mai 1951.

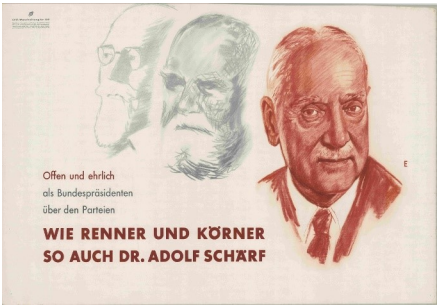
Der Vorsitzgremienleiter:
Honay

Weiters traten noch an:

Ludovica Hainisch (1901-1993), Tochter des k.k. Unterrichtsministers Gustav Marchet, Schwiegertochter des Bundespräsidenten der Ersten Republik Michael Hainisch und Frauenrechtlerin. Emigrierte 1938 nach Italien und Schweden. Sie war weltweit die erste Frau, die sich um ein höchstes Staatsamt bewarb. Stimmenanteil 0,05 %.

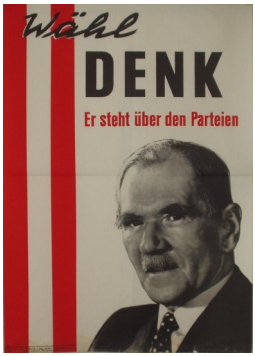
DDDr Johannes Ude (1874-1965), katholischer Priester, Pazifist und Lebensreformer. Spitzname „Savonarola von Graz“. 1944 als Widerstandsaktivist zum Tode verurteilt, die Hinrichtung wurde nur durch den Zusammenbruch des NS-Regimes verhindert. Stimmenanteil 0,13 %. [Wienbibliothek]

Anonym: Wie Renner und Körner so auch Dr. Schärf, 1957



Rechtsanwalt **Dr. Adolf Schärf** (1890-1965) war in der Ersten Republik Bundesratsmitglied, 1945 Gründungsmitglied und ab Dezember Vorsitzender der SPÖ, Vizekanzler und an den Staatsvertragsverhandlungen beteiligt. Wie Renner war er dem rechten Flügel der SPÖ zuzurechnen und wie Renner stand er der Rückkehr und Entschädigung jüdischer Vertriebener nach 1945 negativ gegenüber. Im Wahlkampf 1957 soll es eine Flüsterparole „Wer einmal schon für Adolf war, wählt Adolf auch in diesem Jahr“ gegeben haben. Schärf siegte 1957 mit 51,12% gegen Wolfgang Denk, bei seiner Wiederwahl 1963 mit 55,4% gegen Julius Raab und Josef Kimmel. Höhepunkt seiner Präsidentschaft war das Treffen Kennedy - Chruschtschow 1961 in Wien. [1984]

Anonym: Wähl DENK, 1957



Der international renommierte Chirurg **Dr. Wolfgang Denk** (1882-1970) war sowohl im Balkankrieg 1912/13, im Ersten und im Zweiten Weltkrieg als Arzt im Fronteinsatz, 1948/49 Rektor der Universität Wien und gründete 1953 das heute noch bestehende Krebsforschungsinstitut. Als Funktionär der Vaterländischen Front 1934-1938 stand er nach dem Krieg der ÖVP nahe. Gemeinsam mit der FPÖ nominierte ihn diese 1957 zum Kandidaten für die Bundespräsidentenwahl, bei der er mit 48,9% gegen Adolf Schärf nur knapp unterlag. [1330]

Paul Aigner: Julius Raab, 1963

Baumeister **Ing. Julius Raab** (1891-1964) war 1927-1934 Nationalratsabgeordneter der Christlichsozialen Partei und 1930 Führer der niederösterreichischen Heimwehr, überwarf sich aber mit dem radikalen Heimwehrchef Ernst Rüdiger Starhemberg. 1938 war Raab kurz Handelsminister. Anders als sein Jugendfreund Leopold Figl wurde er von den Nationalsozialisten nicht verhaftet. Obwohl 1945 Gründungsmitglied der ÖVP stand Raab zuerst in der zweiten Reihe. 1953 löste er Figl als Bundesparteiobmann und Bundeskanzler ab, begründete mit ÖGB-Präsidenten Böhm die Sozialpartnerschaft und ging als „Staatsvertragskanzler“ in die Geschichte ein. 1961 parteiintern entmachtet, gab er seine Ämter an Alfons Gorbach ab. Obwohl bereits schwer krank, trat Raab aus Parteiräson 1963 gegen Schärf an, erhielt aber nur 40,6% der Stimmen. [Österreichische Nationalbibliothek]

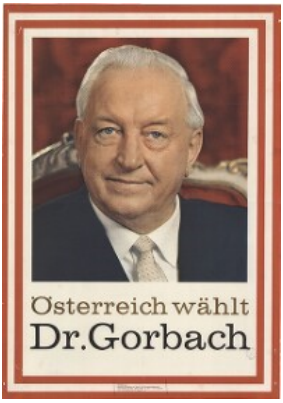
Anonym: Wählt General Kimmel, 1963

Der 1919 in die Gendarmerie eingetretene Jurist **Josef Kimmel** (1897-1982) wurde mit nur 37 Lebensjahren 1934 Generaldirektor für die öffentliche Sicherheit und hoher Funktionär in Organisationen des autoritären Staates wie den „Ostmärkischen Sturmscharen“ und der „Frontmiliz“. Am 1.4.1938 mit dem „Prominententransport“ in das KZ Dachau gebracht und aus der Gendarmerie entlassen. Nach seiner Rehabilitation 1945 mit dem Aufbau der Gendarmerie in der sowjetischen Besatzungszone betraut, 1949 zum General ernannt, 1962 pensioniert. Als Kandidat der vom Widerstandskämpfer Otto Molden gegründeten „Europäischen Föderalistischen Partei“ EFP erhielt Kimmel 4 % der Stimmen. [Wienbibliothek]

Anonym: Franz Jonas weiter Bundespräsident, 1971

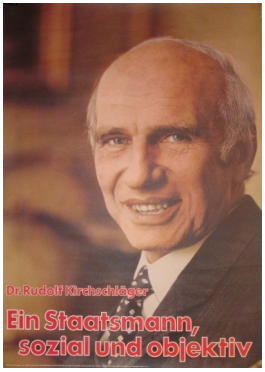
Franz Jonas (1899-1974), gelernter Schriftsetzer, Soldat im Ersten Weltkrieg und Freiwilliger im Kärntner Abwehrkampf. Ab 1930 immer wieder arbeitslos, ab 1934 in der illegalen Sozialdemokratie tätig. Ab 1939 in der Lokomotivfabrik Floridsdorf, 1945 Gründungsmitglied der SPÖ und Bezirksvorsteher von Floridsdorf. Stadtrat für die wichtigsten Nachkriegs-Ämter Wiens: 1948/49 Ernährung, bis 1951 Bauwesen. Nach Theodor Körner 1951 Wiener Bürgermeister und Nationalrat. 1965 mit 50,7% gegen Alfons Gorbach zum Bundespräsidenten gewählt, 1971 Wiederwahl gegen Kurt Waldheim mit 52,8 %. Ein Höhepunkt der Präsidentschaft war der Staatsbesuch von Queen Elizabeth II. 1969. 1970 betraute er Bruno Kreisky mit der Bildung der ersten Minderheitsregierung Österreichs, die allerdings von der FPÖ gestützt wurde. [2703]

Anonym: Österreich wählt Dr. Gorbach, 1965



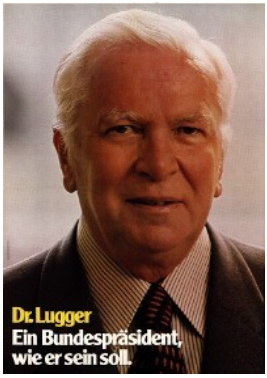
Alfons Gorbach (1898-1972) verlor im Ersten Weltkrieg ein Bein, studierte Jus, war 1937/38 steirischer Landesrat und Landesleiter der „Vaterländischen Front“. Am 1.4.1938 mit dem „Prominententransport“ in das KZ Dachau gebracht, bis 1945 im KZ Flossenbürg. 1945 dritter Nationalratspräsident. Nachdem die ÖVP bei den Wahlen 1959 nur noch knapp vor der SPÖ lag, wurde Julius Raab als Parteiobmann und als Kanzler auf Initiative des steirischen Landeshauptmanns Josef Krainer sen. gegen Gorbach ausgetauscht. Die Situation besserte sich bei den Wahlen 1961 nicht wesentlich und die Partei ersetzte Gorbach 1963 als Obmann und 1964 als Kanzler durch Josef Klaus. Gorbach wurde als Gegenkandidat zu Franz Jonas aus dem Kanzleramt weggelobt, unterlag aber knappest mit 49,3 %. [Österreichische Nationalbibliothek]

Anonym: Ein Staatsmann, sozial und objektiv, 1974



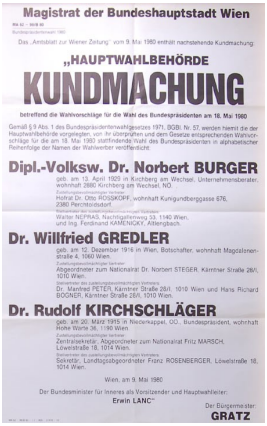
Rudolf Kirchschläger (1915-2000) weigerte sich 1938 der NSDAP beizutreten und konnte sein Jusstudium nur unter widrigsten Umständen abschließen. 1947 Richter, wechselte er 1954 in das Außenministerium und wurde 1967 Botschafter in Prag. Während des Aufstandes 1968 stellte er 50.000 Visa für die Flucht nach Österreich aus. 1970 parteiloser Außenminister in der Regierung Kreisky. Als Argument für einen SPÖ-Bundespräsidenten galt bisher das Gegengewicht zu ÖVP-Kanzlern. Da jetzt die SPÖ selbst den Kanzler stellte, war ein „Unabhängiger" gesucht und in Kirchschläger gefunden. Bei der ersten Wahl 1974 erhielt er 51,7%, bei der Wiederwahl 1980 als gemeinsamer Kandidat von SPÖ und ÖVP 79,9%. Höhepunkte seiner Amtszeit waren die Eröffnung der UNO-City und die Gespräche zwischen Jimmy Carter und Leonid Breschnew in Wien 1979. [2863]

Wenzel-Jelinek: Dr. Lugger, ein Bundespräsident, wie er sein soll, 1974



Als sich der Tod des schwerkranken Franz Jonas abzeichnete, war die ÖVP zu einer gemeinsamen Kandidatur von Kirchschläger bereit, was Kreisky aber ablehnte. Die ÖVP einigte sich nun auf den ehemaligen Vizekanzler Hermann Withalm. Die Plakate waren schon gedruckt, als der Tiroler Landeshauptmann Wallnöfer zwei Monate vor der Wahl seinen Freund **Dr. Alois Lugger** (1912-2005) als Kandidaten durchsetzte. Wie Wallnöfer gebürtiger Südtiroler, begann Lugger seine Karriere vor 1938 als Sekretär des Landeshauptmannes. 1947 wurde der Magistratsbeamte Landesrat, Präsident des Landtages und war von 1956-1983 Innsbrucker Bürgermeister, sowohl während der Olympischen Winterspiele 1964 als auch 1976. Bei der Wahl 1974 erreichte er 48,3 %. [Österreichische Nationalbibliothek]

Hauptwahlbehörde betreffend die Wahlvorschläge für die Wahl des Bundespräsidenten, 1980


Magistrat der Bundeshauptstadt Wien

Das „Amtsblatt zur Wiener Zeitung" vom 9. Mai 1980 enthält nachstehende Kundmachung:

„HAUPTWAHLBEHÖRDE

KUNDMACHUNG

betreffend die Wahlvorschläge für die Wahl des Bundespräsidenten am 18. Mai 1980

Gemäß § 9 Abs. 1 des Bundespräsidentenwahlgesetzes 1971, BGBl. Nr. 57, werden hiemit die der Hauptwahlbehörde vorgelegten, von ihr überprüften und dem Gesetze entsprechenden Wahlvorschläge für die am 18. Mai 1980 stattfindende Wahl des Bundespräsidenten in alphabetischer Reihenfolge der Namen der Wahlwerber veröffentlicht:

Dipl.-Volksw. Dr. Norbert BURGER

geb. am 13. April 1929 in Kirchberg am Wechsel, Unternehmensberater, wohnhaft 2880 Kirchberg am Wechsel, NÖ.

Zustimmungserklärungen fehlen:

Hofrat Dr. Otto ROSSKOPF, wohnhaft Kunigundbergasse 676, 2380 Perchtoldsdorf

Abgeordneter zum Nationalrat: Dr. Norbert STEGER, Kärntner Straße 28/I, 1010 Wien.

Walter NEPRAS, Nachtigallenweg 33, 1140 Wien, und Ing. Ferdinand KAMENICKÝ, Altenglasach.

Dr. Willfried GREDLER

geb. am 12. Dezember 1916 in Wien, Botschafter, wohnhaft Magdalenenstraße 4, 1060 Wien.

Zustimmungserklärungen fehlen:

Abgeordneter zum Nationalrat: Dr. Norbert STEGER, Kärntner Straße 28/I, 1010 Wien.

Abgeordneter zum Nationalrat: Dr. Manfred PETZ, Kärntner Straße 28/I, 1010 Wien und Hans Richard BOGNER, Kärntner Straße 28/I, 1010 Wien.

Dr. Rudolf KIRCHSCHLÄGER

geb. am 20. März 1915 in Niederkappel, OÖ., Bundespräsident, wohnhaft Hohe Warte 38, 1190 Wien.

Zustimmungserklärungen fehlen:

Zentralsekretär: Abgeordneter zum Nationalrat Fritz MARSCH, Löwenstraße 18, 1014 Wien.

Sekretär: Landtagsabgeordneter Franz ROSENBERGER, Löwenstraße 18, 1014 Wien.

Wien, am 9. Mai 1980

Der Bundesminister für Inneres als Vorsitzender und Hauptwahlleiter:
Erwin LANC"

Der Bürgermeister:
GRATZ

Weiters traten noch an:

Dr. Wilfried Gredler (1916-1994), als Student ab 1936 Mitglied der NSDAP und SA. Nach 1945 zuerst in der ÖVP, von 1953 an für die FPÖ im Nationalrat. Als Diplomat u.a. Botschafter in Bonn und Peking. Erreichte 17% der Stimmen

DiplVW Dr. Norbert Burger (1929-1992). Nach Kriegseinsatz Vorsitzender des Rings Freiheitlicher Studenten. Im „Befreiungsausschuss Südtirols" 1967 an gewalttätigen Aktionen mit Todesfolgen beteiligt, in Italien zu 28 Jahren Haft verurteilt, in Österreich freigesprochen. Gründer der 1988 wegen nationalsozialistischer Wiederbetätigung aufgelösten Nationaldemokratischen Partei NDP. Erreichte 3,2% der Stimmen. [Wienbibliothek]

Anonym: Ein Österreicher, dem die Welt vertraut, 1986

Dr. Kurt Waldheim (1918-2007) wurde während des Studiums 1938 zur deutschen Wehrmacht eingezogen, diente bis 1945 als Offizier in verschiedenen Funktionen. 1945 trat er in den diplomatischen Dienst, unter anderem als Botschafter bei der UNO. 1968-1970 Außenminister, erfolgreich bei Entschärfung des Südtirol-Konflikts. 1971 erstmalige Kandidatur bei Bundespräsidentenwahlen gegen Franz Jonas, erreicht 47,2%. Danach bis 1981 UN-Generalsekretär. Diverse Vermittlungsbemühungen und zögerliches Verhalten beim Jom-Kippur-Krieg verärgern die USA und Israel. Eine dritte Amtszeit scheitert am Veto Chinas. Die ÖVP nominierte Waldheim für die Wahlen 1986.
Durch das Image der Funktion als UN-Generalsekretär war es realistisch, dass erstmals seit 1951 ein ÖVP-Kandidat Bundespräsident werden könnte. Das wollte die SPÖ mit allen Mitteln verhindern.
Kanzler Sinowatz hatte schon im Herbst 1985 bei einer Sitzung des Landesparteivorstandes Burgenland gemeint, man werde die Öffentlichkeit rechtzeitig über Waldheims braune Vergangenheit informieren. Knapp vor der Wahl veröffentlichten Medien und der Jüdische Weltkongress Recherchen über Waldheims Kriegsdienst. Um ihn in die Nähe von Kriegsverbrechen zu rücken, wurden Fakten mit falschen, halbwahren oder spekulativen Behauptungen vermischt. Die Linke nahm dies dankbar auf, galt es doch einen ersten ÖVP-Bundespräsidenten zu verhindern. Obwohl sich Waldheims Wahlkampf-Slogan „Ein Österreicher, dem die Welt vertraut“ in Luft auflöste, bewirkte ein „Jetzt erst recht“-Effekt unter der Bevölkerung das Gegenteil. Waldheim erreichte im ersten Wahlgang 49,65% und siegte in der Stichwahl gegen Kurt Steyrer mit 53,9%. [Österreichische Nationalbibliothek]

Manfred Deix: Die Waldheim Wahrheit, 1986

Da die Vorwürfe nicht abflauten, setzte die Regierung eine internationale Historikerkommission ein. Diese befand, dass es keine Beweise für ein persönlich schuldhaftes Verhalten Waldheims gäbe, er aber versucht habe, seine militärische Vergangenheit in Vergessenheit geraten zu lassen bzw sie zu verharmlosen. Aufgrund seiner Stellung hätte er von Kriegsverbrechen wissen müssen, hatte dies aber immer geleugnet. Besonders wurden ihm Lücken in seiner Autobiographie und seine Einstellung, er habe nur seine Pflicht als Soldat getan, vorgeworfen. Österreich hatte seit 1945 jegliche Mitschuld an den Gräueln der NS-Zeit geleugnet. Aber die Zeit hat sich geändert: Waldheims Verhalten wurde mittlerweile eines Bundespräsidenten als nicht würdig empfunden. Die reine Diffamierung wie auf dem Plakat von Manfred Deix blieb aber aufrecht, der international isolierte Kurt Waldheim verzichtete 1991 auf eine Wiederkandidatur. [1062]

Kanzler Sinowatz, der die Anti-Waldheim Kampagne der SPÖ anführte, war am Tag nach Waldheims Wahlsieg zurückgetreten. Als ein Journalist Sinowatz' Ankündigung von der „braunen Vergangenheit Waldheims" veröffentlichte und Sinowatz damit als Drahtzieher bloßstellte, klagte dieser wegen Ehrenbeleidigung und bestritt im Prozess die Aussage. Das Gericht glaubte aber einer Ohrenzeugin, die den Ausspruch sehr wohl gehört hatte. Der Ex-Kanzler wurde wegen falscher Zeugenaussage verurteilt.

Auch wenn das Ansehen Österreichs, des Bundespräsidenten und der Politik als Ganzes schwer beschädigt worden war, hatte die Affäre auch eine positive Wirkung: In einer Rede vor dem Nationalrat bekannte sich Bundeskanzler Vranitzky endlich zur Mitschuld zahlreicher Österreicher an den Verbrechen des NS-Regimes und beendete die Zwecklüge vom „ersten Opfer Hitlers".

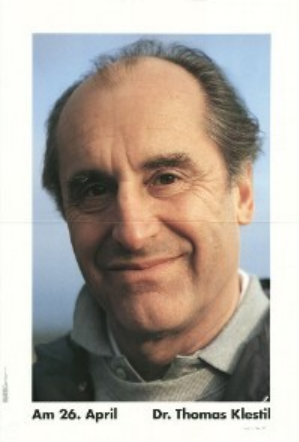
Erich Sokol, 1986

Die Karikatur der Kandidaten Steyrer und Waldheim zeigt deutlich, wem die Sympathien des Künstlers gehörten. Der Arzt **Dr. Kurt Steyrer** (1920-2007) war Nationalratsabgeordneter der SPÖ und von 1981 – 1985 Gesundheits- und Umweltschutzminister unter Bruno Kreisky und Fred Sinowatz. In seine Amtszeit fällt die Besetzung der Hainburger Au 1984 mit dem Ziel, einen Kraftwerksbau zu verhindern. Sie war ein Meilenstein in der Entwicklung der Grünen zur Partei, das unglückliche Agieren der Regierung vielleicht ein Grund, Steyrer vom Posten eines Umweltschutzministers in Richtung Hofburg „wegzuloben". Schon immer war das Amt des Bundespräsidenten ja als Möglichkeit betrachtet worden, jemanden ehrenvoll in die Bedeutungslosigkeit zu befördern.
[ohne Nummer]

Anonym: Freda Meissner-Blau, 1986

Die aus einer altösterreichischen Offiziers- und Industriellenfamilie stammende **Freda Meissner-Blau** (1927-2015) wurde durch Erlebnisse im Zweiten Weltkrieg und später im Kongo geprägt. Neben ihrer Arbeit bei der UNESCO beschäftigte sie sich mit der zivilen Nutzung der Atomkraft und erlebte 1968 die Studentenrevolte in Paris. Durch ihr Engagement gegen die Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf 1978 und bei der Besetzung der Hainburger Au 1984 erlangte sie hohe Bekanntheit. 1986 trat sie zur Präsidentschaftswahl an, auch um ein Zeichen gegen den rechtsextremen Kandidaten der FPÖ **Dr. Otto Scrinzi** zu setzen. Sie erreichte 5,5% der Stimmen, Scrinzi 1,18%. Bei den Nationalratswahlen 1986 erhielt die „Grüne Alternative" mit ihr als Spitzenkandidatin 4,8% und zog in das Parlament ein. 1988 legte sie ihr Mandat zurück.
[Österreichische Nationalbibliothek]

Anonym: Am 26. April Dr. Thomas Klestil, 1992



Dr. Thomas Klestil (1932-2004) stammte aus bescheidenen Verhältnissen, studierte Handelswissenschaften und begann seine Karriere als Beamter im Bundeskanzleramt. 1966 Sekretär von Bundeskanzler Klaus, danach im Außenministerium und Botschafter bei der UNO und in Washington. Er kandidierte auf Vorschlag von ÖVP-Obmann Busek, erzielte im ersten Wahlgang mit 37,2% nur den zweiten Platz, siegte aber über Rudolf Streicher in der Stichwahl mit 56,9%. Sein Slogan „Macht braucht Kontrolle“ signalisierte eine aktive Amtsauffassung. Ab dem EU-Beitritt 1994 wollte er an Sitzungen teilnehmen, was von Kanzler Vranitzky abgelehnt wurde. Beim ersten Staatsbesuch eines Bundespräsidenten in Israel 1994 bekannte sich Klestil zu einer Mitschuld Österreichs am Holocaust. 1998 stellte die SPÖ keinen Kandidaten auf. Gegen vier Konkurrenten gewann Klestil mit 63,4%.
Nach den Nationalratswahlen 1999 scheiterten Verhandlungen zwischen SPÖ und ÖVP. ÖVP-Obmann Schüssel nahm nun ohne Auftrag des Bundespräsidenten Gespräche mit der FPÖ unter Jörg Haider auf, die in einer Koalition endeten. Klestil hielt die FPÖ jedoch wegen ihres ausländerfeindlichen Auftretens für regierungsunwürdig. Er gelobte die Regierung zwar mit eisiger Miene an, lehnte aber zwei Ministervorschläge der FPÖ ab. Das war bisher in Österreich noch nicht vorgekommen und führte zum Bruch der ÖVP mit Klestil. Als die EU wegen der FPÖ-Regierungsbeteiligung Sanktionen über Österreich verhängte, wurde Klestil von europäischer Seite wegen seiner Maßnahmen gewürdigt, von ÖVP und FPÖ aber der Zusammenarbeit mit ausländischen Regierungsgegnern verdächtigt. Danach trat er wegen schwerer gesundheitlicher Probleme in den Hintergrund und verstarb zwei Tage vor Ende seiner Amtszeit. [Österreichische Nationalbibliothek]

Anonym: Die Kraft für Morgen, 1992

Dr. Rudolf Streicher (*1939) absolvierte eine Lehre in der VOEST, dann ein Studium an der Montanuniversität Leoben. Vor seiner Berufung zum Minister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr 1986 war er Generaldirektor der Austria Metall AG. Als Kandidat der SPÖ für die Bundespräsidentenwahl 1992 lag er im ersten Wahlgang mit 40,7% voran, unterlag in der Stichwahl gegen Thomas Klestil aber mit 43,1%. Danach war Streicher Generaldirektor der Steyr-Daimler-Puch AG und der Österreichischen Industrieholding AG. Privat fungierte er als ausgebildeter Dirigent als Präsident der Wiener Symphoniker und kurz des FK Austria Wien. [2715]

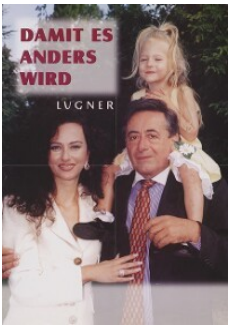
Weiters trat an: Der Publizist und Zukunftsforscher **Robert Jungk** (1913-1994) als Kandidat der Grünen. Der Träger des alternativen Nobelpreises erzielte 5,75%.

Anonym: Heide Schmidt, 1998

Die Juristin, Sozial- und Wirtschaftswissenschafterin **Dr Heide Schmidt** (*1948) erlangte als Assistentin des FPÖ-Volksanwaltes öffentliche Bekanntheit, wurde 1988 Generalsekretärin der FPÖ und 1990 Dritte Präsidentin des Nationalrates. 1992 Kandidatur bei der Bundespräsidentenwahl mit 16,4% der Stimmen. Als Reaktion auf Jörg Haiders Anti-Ausländervolksbegehren verließ sie 1993 die FPÖ und gründete das Liberale Forum LIF, das nach Anfangserfolgen 1999 nicht mehr in den Nationalrat einzog. Als Kandidatin des LIF trat sie 1998 ein zweites Mal gegen Thomas Klestil an, unterlag aber mit 11,14%. Ein comeback mit dem LIF bei den Nationalratswahlen 2008 scheiterte. Seit 2014 ist Heide Schmidt Mitglied der mit dem LIF fusionierten NEOS. [Österreichische Nationalbibliothek]

Anonym: Damit es anders wird Lugner, 1998

Ing. Richard Lugner (*1932) baute als selfmade-man ein Bauunternehmen auf. Sein 1990 eröffnetes Einkaufszentrum Lugner-City ist bis heute erfolgreich. Als „Society-Löwe“ inszeniert er sich gerne in der Öffentlichkeit, wie etwa mit immer jüngeren Ehefrauen oder prominenten Gästinnen am Opernball. Vielleicht auch deswegen trat er 1998 zur Bundespräsidentenwahl an und erhielt überraschend 9,91%. Bei der Kandidatur 2016 waren es 2,26%. [Österreichische Nationalbibliothek]



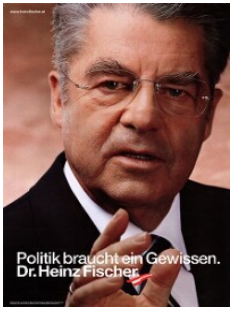
Weiters traten an:

Gertraud Knoll (*1958), die evangelische Superintendentin des Burgenlandes erreichte als parteilose Kandidatin 13,6% und wandte sich danach politisch der SPÖ zu.

Karl Walter Nowak (*1943). Der Friedens- und Umweltaktivist erhielt 1,9% der Stimmen.

Anonym: Politik braucht ein Gewissen, 2004

Dr. Heinz Fischer (*1938) wuchs in einer Familie von sozialdemokratischen Spitzenbeamten und Managern auf. Als junger Jurist machte er die antisemitische Vorlesungspraxis von Univ-Prof. Borodajkewycz öffentlich. 1971-2004 Mitglied und ab 1990 erster bzw zweiter Präsident des Nationalrates. 1983-1987 Wissenschaftsminister. 1994 Professor für Politikwissenschaft. Bei der Bundespräsidentenwahl 2004 mit 52,39% gegen die einzige Mitbewerberin Benita Ferrero-Waldner erfolgreich. 2010 Wiederkandidatur. Die ÖVP verzichtete auf einen Kandidaten, Fischer siegte gegen zwei andere Bewerber mit 79,3%. Da zu Ende seiner Amtszeit am 8.7. 2016 aufgrund der Aufhebung der Stichwahl zwischen Van der Bellen und Hofer durch den Verfassungsgerichtshof noch kein Nachfolger angelobt war, ging das Amt bis 26.1.2017 auf die drei Nationalratspräsidenten über. [Österreichische Nationalbibliothek]



Anonym: Die Erste Bundespräsidentin wählen, 2004

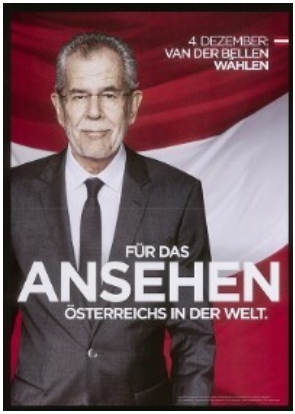
Mit **Dr. Benita Ferrero-Waldner** (*1948) hoffte die ÖVP auf den Erfolg einer Frau gegen den weithin bekannten Heinz Fischer. Nach Studium und Tätigkeit in der Privatwirtschaft wechselte Ferrero-Waldner 1984 in den diplomatischen Dienst Österreichs und der UNO. 1995 Staatssekretärin im Außenministerium, ab 2000 Außenministerin. Bei der Bundespräsidentenwahl 2004 trotz Unterstützung der FPÖ mit 47,6% unterlegen. Ab 2004 EU-Kommissarin für Außenbeziehungen, ab 2009 für Handel. 2007 erfolgreiche Verhandlungen um die Freilassung von vier in Libyen zum Tode verurteilten bulgarischen Krankenschwestern. Eine Bewerbung für die Position des UNESCO-Generalsekretärs 2009 war erfolglos. Danach Wechsel in die Privatwirtschaft. [Österreichische Nationalbibliothek]

Bundespräsidentenwahl 2010

Dr. Heinz Fischer hatte mit Amtsantritt 2004 seine SPÖ-Mitgliedschaft ruhend gestellt und trat 2010 als unabhängiger Kandidat zur Wiederwahl an. Die ÖVP verzichtete darauf, einen eigenen Kandidaten zu nominieren.

Weiters traten an:
Barbara Rosenkranz (*1958). Die zehnfache Mutter wurde 1993 Abgeordnete der FPÖ im nö. Landtag und wechselte nach einem Zwischenspiel im Nationalrat 2008 als Landesrätin wieder nach NÖ. Bei der Bundespräsidentenwahl 2010 für die FPÖ 5,2%. Nach der Ablöse als NÖ-Landesparteiobfrau 2013 verließ sie die FPÖ.
Der „katholische Lebensschützer“ **Dr. Rudolf Gehring** (*1948) war jahrelang ÖVP-Mitglied, wechselte 2008 zur Christlichen Partei Österreichs. Bei der Wahl 2010 erzielte er 5,4%.

Bundespräsidentenwahl 2016:



Dr. Alexander Van der Bellen (*1944, unabhängig)

Volkswirt, Universitätsprofessor
1997-2008 Bundessprecher der Grünen
2012-2015 Abgeordneter zum Wiener Gemeinderat
Erstwahl: 21,34 %,
erste Stichwahl: 50,35 %, **zweite Stichwahl: 53,8 %**

Ing. Norbert Hofer (*1971, FPÖ)

Flugtechniker, Landesbediensteter
2006-2013 Abgeordneter zum Nationalrat
2013-2017 Dritter Nationalratspräsident
2017-2019 Minister für Verkehr, Innovation u Technologie
2019-2021 Bundesparteiobmann FPÖ
2019-heute Dritter Nationalratspräsident
Erstwahl: 35,05 %,
erste Stichwahl: 49,65 %, **zweite Stichwahl: 46,21 %**

Dr. Irmgard Griss (*1946, unabhängig)
Juristin, Richterin
1993 Richterin am Obersten Gerichtshof OGH
2007-2011 Präsidentin des OGH
2008-2016 Ersatzmitglied des Verfassungsgerichtshofes
Erstwahl 18,9 %

Rudolf Hundstorfer (1951-2019, SPÖ)
Magistratsbeamter Wien
1990-1995 Abgeordneter zum Wiener Gemeinderat
1995-2007 Vorsitzender des Wiener Gemeinderates
2003 Vizepräsident Öst. Gewerkschaftsbund ÖGB
2006-2008 Präsident ÖGB
2008-2016 Minister für Soziales und Konsumentenschutz
Erstwahl 11,28 %

Dr. Andreas Khol (*1941, ÖVP)
Jurist, Universitätsprofessor
1983-2002 Nationalrat
2002-2006 Erster Nationalratspräsident
2006-2016 Obmann Seniorenbund ÖVP
Erstwahl 11,12 %

Weiters trat an:

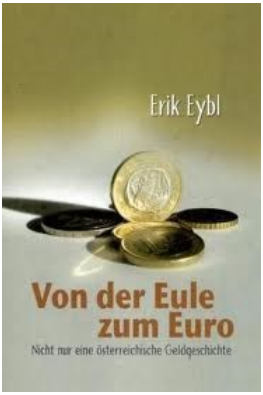
Ing. Richard Lugner (*1932,unabhängig) Bauunternehmer, Erstwahl 2,26 %

Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Erik Eybl, erik.eybl@aon.at

www.plakatmuseum.at

Bücher von Erik Eybl

Von der Eule zum Euro – Nicht nur eine österreichische Geldgeschichte,
364 Seiten, mehr als 650 Bilder und Kaufkraft-Tabellen von 100 nChr bis 2003, Hermagoras-Verlag, Klagenfurt, 2005. ISBN-3-7086-0166-1; € 32,-



Rezension aus www.buchfreund.de:

Was mich an diesem Buch fasziniert, ist die Leichtigkeit mit der es der Autor schafft, geschichtliche Inhalte zu vermitteln. Durch seinen leichten und einladenden Erzählstil hat man das Gefühl ein Fachbuch zu lesen aber gleichzeitig auch sehr gut unterhalten zu werden. Die Vielzahl von Abbildungen alter Münzen, Geldscheine, Sparbücher, Zeitungen, Plakate und diverser Alltagsgegenstände lassen einen unweigerlich immer wieder kurz inne halten und an die ganz persönlichen Erlebnisse denken, die man mit diesen lange nicht mehr gesehenen Objekten verbindet.

Alle Abbildungen: Objekte der Sammlung Eybl.

Erik Eybl / Stephan Knott: ***Krieg an der Wand. Der Erste Weltkrieg im Spiegel der Plakate.***
447 Seiten, 772 Abbildungen, Gewicht: 1250 g, Format: 30 x 21 cm. € 36,-
Verlag des Geschichtsvereines für Kärnten, Klagenfurt, 2014. ISBN: 978-3-85454-128-8

Verlagsrezension

Propaganda und Kunst im Dienste des Krieges wird an Beispielen aus allen kriegführenden Staaten beleuchtet. Das Buch besticht durch seine erstklassigen Abbildungen, seine gut lesbaren Überblickstexte und die fachkundigen Kommentare zu den Künstlern, den Plakatsujets und den mit diesen verbundenen Propagandaabsichten. Kein Aspekt des Krieges und des Kriegsalltags an der „Heimatfront“ wird dabei ausgespart

Alle 772 Abbildungen des großformatigen Bandes zeigen Plakate der Sammlung Eybl,